

Die Berliner Bezirke auf dem Weg zur europapolitischen Landesstrategie

Die Aktivitäten der LAG der bezirklichen EU-Beauftragten

Warum ist für uns eine solche Strategie wichtig?

Durch die immer engere europäische Integration ist Europaarbeit in Berlin auf „natürliche Weise“ Aufgabe von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft geworden und immer weiter angestiegen, ohne dass Strukturen, Ressourcen und Strategien mitgewachsen wären bzw. europapolitische Ziele überprüft und angepasst wurden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Voraussetzungen für eine wirksame Europaarbeit eher bescheiden (z.B. Ausstattung der Berliner Landesvertretung in Brüssel, personelle Ausstattung des Europareferats der Senatskanzlei, personelle und finanzielle Ausstattung der bezirklichen EU-Beauftragten, die sich seit Einrichtung der Stellen vor ca. 20 Jahren nicht wesentlich geändert hat).

Andererseits werden an Deutschland als größtem EU-Mitgliedsstaat besondere Erwartungen geknüpft, die oftmals mit dem Wunsch einer Vorreiterrolle verbunden sind. Berlin als Hauptstadt im Osten des Landes gelegen, könnte und sollte hier eine integrative Rolle als Brückenbauer zwischen jüngeren und älteren Mitgliedstaaten spielen. Nicht zuletzt bieten dabei seine Städtepartnerschaften mit Prag, Warschau und Budapest sowie den entsprechenden bezirklichen Städtepartnerschaften ein großes Potenzial, das noch nicht ausgeschöpft ist. Unseres Erachtens bleibt das Land Berlin in seiner Europaarbeit – trotz seiner Geschichte, seiner vielfältigen Bevölkerung und seiner Attraktivität für Menschen aus anderen europäischen Ländern – hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Daher ist eine europapolitische Berliner Landesstrategie der 1. Schritt zu einer notwendigen Aufwertung der Europaarbeit in Berlin, für die sich auch die LAG der bezirklichen EU-Beauftragten einsetzt. Die nachfolgenden Punkte stellen die wesentlichen Aktivitäten auf diesem Weg dar:

15. Januar 2020: Sitzung des Ausschusses für Europa- und Bundesangelegenheiten, Medien des Berliner Abgeordnetenhauses

Elf EU-Beauftragte nehmen an der Sitzung teil. Es findet eine Anhörung zum Thema „Ausstattung, Arbeitsschwerpunkte und Entwicklungsperspektiven für die bezirklichen Europabeauftragten“ auf Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und FDP statt. Auf dieser Sitzung haben die EU-Beauftragten erstmals den Bedarf einer europapolitischen Strategie geäußert.

2020/2021: Recherche und Analyse

Die LAG-Mitglieder recherchieren und analysieren bereits bestehende europapolitische Strategien anderer Bundesländer.

29. September 2021: Gründung der LAG-internen Unterarbeitsgruppe „Strategie und Ziele“

Die Unterarbeitsgruppe konstituiert sich und setzt sich für das Zustandekommen einer europapolitischen Strategie für das Land Berlin ein.

Koalitionsvertrag der Berliner Landesregierung von SPD, Grünen, LINKE 2021–2026

Im Vertrag heißt es: „Es wird unter breiter Beteiligung u. a. der Zivilgesellschaft eine europapolitische Strategie Berlins entwickelt.“

4. April 2022: Gespräch mit dem Europareferat der Senatsverwaltung für Kultur und Europa

Auf Initiative der LAG findet ein Gespräch statt, in dem die LAG ihre prioritären Arbeitsschwerpunkte, darunter die Mitwirkung an der zu erstellenden europapolitischen Strategie, darstellt und aktive Unterstützung im Prozess anbietet.

29. April 2022: Vorstellungsschreiben an den Euro, Bund, Medien-Ausschuss des Abgeordnetenhauses

In dem Schreiben stellt die LAG sich und ihre Arbeitsschwerpunkte, darunter ihren Einsatz für das Zustandekommen einer europapolitischen Strategie für das Land Berlin, vor.

12. September 2022: europapolitisches Gespräch der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister mit Staatssekretär Woop

Auf Bitten der LAG betonen die teilnehmenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister die Bedeutung der Erstellung einer europapolitischen Strategie gegenüber dem Staatssekretär und bieten Unterstützung durch die EU-Beauftragten an.

Oktober 2022-Januar 2023: Anmerkungen zum Senatsbeschluss Europakompetenz

Im Rahmen der formellen Möglichkeiten zur Stellungnahme bzgl. der Senatsvorlage bzw. des Senatsbeschlusses zur Stärkung der Europafähigkeit der Berliner Verwaltung übermittelt die LAG ihre Anmerkungen. Sie vertritt die Auffassung, die Ziele und Maßnahmen zur Stärkung der Europafähigkeit der Verwaltung sollten Bestandteil der übergeordneten europapolitischen Strategie des Landes Berlin sein und nicht für sich alleine stehen.

26. Oktober 2022: Gemeinsames Impulspapier von LAG und Europa Union e.V. → Übermittlung an das Europareferat

Intention des erarbeiteten Impulspapiers ist es, das Europareferat der zuständigen Senatsverwaltung zu unterstützen und zu motivieren, mit den genannten Ideen den Prozess der Erstellung einer europapolitischen Strategie für das Land Berlin aktiv zu steuern.

7. Dezember 2022: Gespräch mit dem Europareferat

Auf Einladung des Europareferats findet ein Gespräch mit Vertreterinnen der LAG statt. Darin geht es um die Einhaltung von Formalitäten, eine inhaltliche Diskussion zu den im Impulspapier genannten Punkten findet nicht statt.

→ 12. Februar 2023 Wiederholungswahl in Berlin

10. März 2023: Anschreiben an die Mitglieder des Europäischen Parlamentes Hildegard Bentele und Gaby Bischoff

Die LAG bittet die beiden Mitglieder des Europäischen Parlaments, sich in den Koalitionsverhandlungen dafür einzusetzen, dass auch im neuen Koalitionsvertrag die Verpflichtung zur Erstellung einer europapolitischen Strategie festgeschrieben wird.

Koalitionsvertrag der Berliner Landesregierung von CDU und 2023–2026

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Europa soll als Querschnittsaufgabe in Politik und Verwaltung verankert werden. Dazu gehört eine Europastrategie, die unter breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft entwickelt und jährlich im Abgeordnetenhaus diskutiert wird.“

→ Die organisatorische Anbindung des Europareferats geht von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa in die Zuständigkeit der Senatskanzlei über.

28. Juni 2023: Vorstellungsschreiben der LAG an Staatssekretär Hauer

In dem Schreiben stellt die LAG sich und ihre Arbeitsschwerpunkte vor, darunter auch ihren Einsatz für das Zustandekommen einer europapolitischen Strategie für das Land Berlin. Sie weist auf das Impulspapier hin und bietet an, zu den Themen ins Gespräch zu kommen.

26. Juli 2023: Vorstellungsschreiben an den Ausschuss Bund, Euro, Medien des Abgeordnetenhauses

In dem Schreiben präsentiert sich die LAG und verdeutlicht ihre Arbeitsschwerpunkte, darunter ihren Einsatz für das Zustandekommen einer europapolitischen Strategie für das Land Berlin.

23. August 2023: Antwortschreiben des Europareferats der Senatskanzlei im Auftrag von Staatssekretär Hauer

In dem Antwortschreiben wird die zeitliche Verzögerung des Prozesses der Strategieerstellung mit der Wiederholungswahl begründet und auf das bald beginnende Dialogverfahren zur Strategieerstellung verwiesen. Der Staatssekretär bietet zu gegebener Zeit ein europapolitisches Gespräch mit den Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeistern an.

5. Oktober 2023: Virtuelle Auftaktveranstaltung des Europareferats der Senatskanzlei zur Vorstellung des Prozesses der Strategieerstellung

Mehrere Vertreter/-innen der LAG nehmen an dem 1 ½ stündigen virtuellen Auftakttreffen statt.

19., 20. Oktober, 8., 15. November 2023: Workshops mit Verwaltungsvertreter/-innen zu vorab von der Senatskanzlei definierten strategischen Zielen

Auf Einladung des Europareferats der Senatskanzlei nehmen mehrere LAG-Vertreter/-innen an den vierstündigen Workshops statt und bemühen sich, zahlreiche Ideen und Vorschläge in die Diskussion einzubringen. Der ursprünglich für den 22. November geplante letzte Workshop findet nicht statt.

27. Oktober 2023: Schreiben mit Anregungen an das Europareferat der Senatskanzlei

Auf die Aufforderung des Europareferats, sich schriftlich zu weiteren strategischen Zielen zu äußern, schickt die LAG ein Schreiben mit Ideen und verweist auf das Impulspapier vom Oktober 2022. Das Europareferat bestätigt am 1. November den Eingang des Schreibens.

29. November 2023: Schreiben des Europareferats der Senatskanzlei an alle Workshop-Teilnehmer/-innen

Die Senatskanzlei zeigt das weitere Procedere auf: „Auf Grundlage der Ergebnisse der Workshops wird die Projektgruppe *Europastrategie* der Senatskanzlei jetzt in den Schreibprozess einsteigen. [...] Nach der Veröffentlichung erhält der Rat der Bürgermeister die Berliner Europastrategie zur Stellungnahme.“